



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	07.12.2017

TOP 15. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Frau Dr. Oswald bedauert es außerordentlich, dass der Tagesordnungspunkt zur Einwohnerbefragung abgesetzt worden sei. 835 Bürgerinnen und Bürger hätten das „moralische Recht“, dass darüber diskutiert werde.

b) Herr Luttmann vermisst einige Sätze von BM Ulrichs zum zunächst gescheiterten 5-Sterne-Hotel-Projekt. BM Ulrichs antwortet, dass er in der Sitzung darauf eingegangen wäre, wenn es etwas gebe, was die Öffentlichkeit über die Presse noch nicht erfahren hätte. Der Rat habe sich seit der Entscheidung der Bietergemeinschaft noch nicht wieder mit dem Thema befasst. Man habe im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kurz darüber gesprochen und sich darauf verständigt, dass man sich mit der Thematik ab Januar beschäftigen wolle. Konkrete Fragen wolle er heute gern beantworten.

c) Frau Rass warnt davor, dass die Unterschriftenlisten in den politischen Kreisen „herumgereicht“ würden. StAR Vißer meint, dass ein Einwohnerantrag für die Verwaltung nie ein Thema gewesen sei. RM Moroni habe einen Einwohnerantrag ins Spiel gebracht, der an bestimmte Formalien gebunden sei. Durch die Vielzahl der Unterschriften sei lediglich dokumentiert, dass eine Einwohnerbefragung durchgeführt werden könne, bei deren Durchführung keine Unterschriften geprüft werden müssten.

d) Herr Jentsch fragt, warum RM Moroni solch eine Angst vor einer Bürgerbefragung habe. RM Moroni antwortet, dass er davor keine Angst habe.

e) Frau Judel wehrt sich dagegen, dass die Unterschriften einem politischen Gremium zur Verfügung gestellt würden. Die Vertreter der Bürgerinitiative hätten den Bürgerinnen und Bürgern, die unterschrieben hätten, zugesichert, dass die Unterschriften nur in die Hände der Initiative und derjenigen in der Verwaltung kämen, die die Unterschriften zu prüfen hätten. Sie wolle nicht, dass den Unterstützern „ein Bein gestellt“ werde aufgrund der Unterschrift.

f) Frau Rass fragt nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Verträge zur „Gartenstadt“. AV Reising antwortet, dass man sich erst heute das Kurzgutachten des auf Wunsch der Politik eingeschalteten Rechtsanwalts habe ansehen können. Der Text habe einen Umfang von 17 Seiten. Er beinhalte u. a. Hinweise für die Verwaltung zur Ergänzung des Vertragstextes. Der Rechtsanwalt mache darauf aufmerksam, dass das Sicherheitsbedürfnis bei einem Einheimischenmodell sich mit fortschreitender Zeit verringere. Gleichzeitig vergrößere sich die Verfügungsbefugnis des Eigentümers. Eine dauerhafte Absicherung sei vor diesem Hintergrund nicht möglich. Es handele sich um die Meinungsäußerung eines Rechtsanwaltes, nicht um ein Urteil. Man könne auch zu anderen Erkenntnissen kommen.

g) Herr Jentsch fragt BG Terfehr, ob seine Bedenken nach der Antwort von Dipl.-Ing. Meemken unter TOP 14 b) ausgeräumt seien. BG Terfehr antwortet, dass seine Bedenken weder ausgeräumt noch bestätigt worden seien. Er habe sich Informationen von fachlicher

Seite eingeholt, die in Teilen anders seien als das hier Gesagte. Über 800 Unterschriften könne man nicht hinwegsehen. Er habe nichts gegen eine Bürgerbefragung.

h) Herr Jentsch erkundigt sich, was nun mit den Unterschriften geschehe. BM Ulrichs antwortet, dass im Verwaltungsausschuss darüber beraten werde. RV Hahnen ergänzt, dass das Thema mit der heutigen Abstimmung nicht endgültig vom Tisch sei.

i) Herr Sauerbrey stellt sich als Anlieger des Grundstücks „Gartenstadt“ vor. In der Vergangenheit sei das Grundstück nicht bebaut worden, weil keine Bebauung in zweiter Reihe gewünscht gewesen sei. Nach dem Verkauf des Grundstücks habe man einer Bürgerinitiative Mut gemacht, Stimmen zu sammeln gegen eine Verdichtung. Demokratie heiße, dass die gewählten Herrschaften das Volk verträten. Nun habe sich das Volk zu Wort gemeldet und „hintenherum“ werde deutlich, dass man einem Investor Hoffnungen gemacht habe. Der Rat diskutiere, wie man sich zu verhalten habe, wenn eine Befragung durchgeführt werde, die nicht so ausgehe, wie man sich dies gegenüber dem Investor vorgestellt habe. Er habe kein Verständnis dafür, dass 2. stellv. BM Ennen in der Sitzung gesagt habe „Dann läuft das so aus wie beim Golfplatz“.

2. stellv. BM Ennen antwortet, dass das Gutachten den Ratsmitgliedern noch gar nicht vorliege. Somit könne es bisher nicht in eine Wertung einfließen. Es gebe keine Versprechungen an den Investor. Wenn alle Fakten vorlägen, könne seriös entschieden werden. Für diese Entscheidung seien die Ratsmitglieder gewählt worden.

j) Frau Judel bemängelt, dass in der Einladung zu dieser Sitzung von einer „Bürgerinitiative Gartenstadt“ die Rede sei. Es gebe keine Initiative mit diesem Namen, sondern die Bürgerinitiative nenne sich „Lebenswerte Insel Norderney“ und es gehe ihr um die gesamte Insel. Ausgangspunkt der Tätigkeit der Bürgerinitiative sei lediglich gewesen, dass mit der „Gartenstadt“ eine große Fläche versiegelt werden solle.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.